

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Ursula Albel

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Datum 08.09.2006

Drucks. Nr. VO/0913/06
öffentlich

Anfrage

Zur Sitzung am 11.09.2006 Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

**Eilanfrage: Rückgabe von Mitteln für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen
Anfrage der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 8. September 2006**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einer Radiomeldung auf WDR 2 am 7. September 2006 wurde berichtet, dass die ARGE Wuppertal Fördergelder für Beschäftigungsmaßnahmen in Höhe von 5 Mio. Euro in diesem Jahr zurückgeben wird. Sie wolle nur Projekte fördern, durch die Menschen tatsächlich wieder in Arbeit gebracht werden könnten.

Angesichts der vielen arbeitssuchenden Menschen in Wuppertal, die auf Unterstützung bei der Eingliederung in Erwerbsarbeit durch die ARGE angewiesen sind, ist dies nicht nachvollziehbar. Zudem wurde im ARGE-Beirat am 15. August und im Sozialausschuss am 31. August 2006 erklärt, dass der Etat für die Eingliederungsmaßnahmen ausgeschöpft und nichts zurückgegeben werden solle.

1. Ist diese Radiomeldung zutreffend?

Wenn ja:

2. Wie ist diese Diskrepanz zwischen Sagen und Tun erklärbar?
3. Hatte die ARGE Gelder für Maßnahmen beantragt, die sich in der Praxis als nicht erfolgreich für die Wiedereingliederung darstellen?
4. Warum wurde weder im Beirat noch im Sozialausschuss darüber berichtet, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die ARGE Wuppertal mit Schreiben vom 28. Juli 2006 aufgefordert hatte, nicht benötigte Eingliederungsmittel für eine regionale Umverteilung zur Verfügung zu stellen?

5. Hat die Trägerversammlung die Rückgabe der Gelder bereits beschlossen? Welches Votum haben dabei die städtischen VertreterInnen abgegeben bzw. welches Votum beabsichtigen die städtischen VertreterInnen bei einem noch anstehenden Beschluss der Trägerversammlung abzugeben (§ 6 ARGE Vertrag)?
6. Hängt die von der ARGE beabsichtigte Rückgabe mit der geplanten Kürzung seitens der Bundesregierung von rund 17 % der Mittel für die Eingliederung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen zusammen, von der u. a. in der „WELT“ am 10. Juli 2006 berichtet wurde?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender